

Beteiligung der Gammertinger Energie- und Wasserversorgung GmbH an der Stadtwerke IT & Service GmbH + Co. KG, Radolfzell

- Zustimmung der Stadt als Mehrheitseigentümer

Die Gammertinger Energie- und Wasserversorgung GEW GmbH hat sich im Jahr 2011 für eine IT-Zusammenarbeit mit der EnBW AG im Bereich der Abrechnung der Sparten „Stromvertrieb“ und „Stromnetz“ sowie des „Elektronischen Datenmanagements“ entschieden. Die EnBW hatte dafür ein eigenständiges Dienstleistungsangebot „PowerPack“ auf der Basis von SAP IS/U entwickelt, das damals nach Einschätzung der Geschäftsführung Vorteile gegenüber dem bis dahin eingesetzten Programm der Firma „WILKEN“ bot. Entscheidend für die damalige Entscheidung war das Angebot, dass die EnBW AG damit auch eine Absicherung in personeller Hinsicht verbunden hat. Über die Plattform der EnBW bestand im Regionalzentrum Biberach eine Option, auch bei Ausfall sämtlicher Sachbearbeiter im Netz und Vertrieb den Geschäftsbetrieb extern aufrechterhalten zu können.

Bereits Ende 2017 gab es allerdings erste Tendenzen, dass die neuen regulatorischen Anforderungen für die Marktkommunikation die IT-Systeme vor große Herausforderungen stellen. Die EnBW hat hier dann mit ihrer Grundsatzentscheidung, dass die daher notwendigen siebenstelligen IT-Entwicklungskosten auf die Geschäftspartner nicht nur im Verhältnis der Zählpunkte, sondern auch mit einem erheblichen Anteil nach Werken aufgeteilt werden, insbesondere für kleine EVU's (Elektroversorgungsunternehmen) eine hohe Belastung ausgelöst.

Die Geschäftsführung der GEW GmbH hat daraufhin begonnen, auf dem IT-Dienstleistungsmarkt nach Alternativen zu schauen. Dieser Prozess, der jetzt rund ein Jahr gedauert hat, führte zum Ergebnis, dass ein Wechsel des bisherigen IT-Dienstleisters EnBW dringend geboten ist, um das Unternehmen GEW GmbH erfolgreich weiter zu führen.

In der Sitzung wird Geschäftsführer Manfred Schaller dazu weitere Ausführungen machen.

In der Auswertung der Ergebnisse von drei leistungsfähigen Anbietern hat sich nach vielen Vorbereitungsgesprächen, Präsentationen und der Auswertung der Angebotskalkulation ein klares Ergebnis gezeigt: die Fa. Schleupen, bei der mehr als 300 Stadtwerke ihre Abrechnung IT-mäßig durchführen, bietet auch für die GEW GmbH ein Modell, das in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit und Betriebssicherheit den größten Nutzen bringt. Dabei ist geplant, dass sich die GEW GmbH in eine Kooperation mit anderen kommunalgetragenen Stadtwerken einbringt, die unter der Firmierung **„Stadtwerke IT & Service GmbH + Co. KG“** mit Sitz in Radolfzell, erfolgreich am Markt positioniert ist.

Ein Beitritt bei dieser KG ist nur durch Zeichnung einer Beteiligung möglich. Für die GEW GmbH wäre die Höhe der Beteiligung 10.000 € und könnte nach Aussagen der Geschäftsführer der bisher beteiligten 5 Stadtwerke bereits im Frühjahr 2019 erfolgen, so dass ein Übergang bei der Dienstleistung bis September 2019 eingeplant werden könnte.

Die Gesellschafterversammlung der GEW GmbH hat dem Vorschlag der Geschäftsführung in der Sitzung vom 12. Dezember 2018 bereits einstimmig zugestimmt. § 103 a) Nr. 3 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) ordnet Entscheidungen über Errichtung, Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen zwar der Gesellschafterversammlung zu. Allerdings bedürfen insbesondere die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der kommunalen Mehrheitsbeteiligungen (Stadt Gammertingen hat einen Gesellschafteranteil von 64 % an der GEW GmbH) bei wichtigen Angelegenheiten, wie der Aufstellung des Wirtschaftsplanes, der Beschlussfassung über die Verwendung der Jahresergebnisse oder wie in diesem Beispiel einer Beteiligung an einem anderen Unternehmen der vorherigen Ermächtigung durch den Gemeinderat.

In § 39 der GemO sind grundsätzliche Angelegenheiten aufgeführt, die weder im Einzelfall noch durch Hauptsatzung o.ä. auf einen Ausschuss oder eine Gesellschafterversammlung übertragen werden dürfen. Die Beteiligung an einem Unternehmen gehört gem. Ziff. 11 in § 39 GemO ausdrücklich zu diesen grundsätzlichen Angelegenheiten.

Nach § 105a der GemO darf die Gemeinde der Beteiligung eines Unternehmens, an dem sie mit mehr als 50 % beteiligt ist (in diesem Fall die GEW GmbH), nur zustimmen, wenn:

- der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt werden kann

Auch dazu wird der Geschäftsführer im Rahmen der Sitzung noch Stellung nehmen.

Beschlussvorschlag:

Einer Beteiligung der GEW GmbH an der „Stadtwerke IT & Service GmbH + Co KG“ mit Sitz in Radolfzell mit der Zeichnung eines KG-Anteiles in Höhe von einmalig EUR 10.000,00 wird zugestimmt.